



Michael Scheffler

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Sozialarbeitern in Schulen den Rücken stärken und Präventionsketten erhalten

**Beratung zum Antrag der FDP Drucksache 16/5289
und zum Antrag der PIRATEN Drucksache 16/5279**

Rede in der Plenarsitzung am 27.03.2014

Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Analyse der Wichtigkeit der Schulsozialarbeit kann man dem FDP-Antrag und den Ausführungen des Kollegen Alda natürlich in manchen Punkten zustimmen. Schulsozialarbeiter leisten tatsächlich eine hervorragende Arbeit. Sie unterstützen tatsächlich Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Sie haben – das will ich anfügen – die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets überhaupt erst möglich gemacht. Sonst wäre das nämlich ein noch größerer Flop geworden. Sie arbeiten hauptsächlich im Sozialraum der Kommune. Sie wirken wahrhaftig nicht nur originär im Schulleben mit, sondern agieren in einem weit größeren Umfeld. – Das alles würde ich unterschreiben.

Aber die Schlüsse, die Kollege Alda und der Antrag aus dieser Analyse gezogen haben, sind weder zielführend noch richtig. Ich will darauf hinweisen, dass das Land Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren 850 Stellen für Schulsozialarbeiter aus dem Landeshaushalt finanziert, weil Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in Sozialarbeiterstellen umgewandelt werden konnten. In Nordrhein-Westfalen sind aufgrund des Bildungs- und Teilhabepaketes rund 1.500 Stellen möglich geworden.

Ich will auch darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass Minister Schneider, der eben angesprochen worden ist, einer derjenigen war, der die Schulsozialarbeit gemeinsam mit Manuela Schwesig in den Verhandlungen im Rahmen des Vermittlungsverfahrens durchgesetzt hat. Ich kann hier mit Fug und Recht behaupten, dass wir von der SPD für uns in Anspruch nehmen, dass wir gewissermaßen das Patent auf Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets haben.

Ich komme auf die Ausführungen des Kollegen Wegner zu sprechen. Wir haben in der Tat keinen Nachhilfeunterricht von den Piraten oder anderen nötig. Denn wir haben dies in vollem Bewusstsein durchgesetzt, dass Schulsozialarbeit wirkungsvoll und gut ist. Darauf, meine Damen und Herren, sind wir ein ganzes Stück weit stolz.

Man darf bei allen heutigen Diskussionen nicht vergessen, warum dieses Bildungs- und Teilhabepaket sowie die Schulsozialarbeit eingeführt worden sind.

Es gab nämlich ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2010, das der damaligen Bundesregierung ganz klar ins Stammbuch schrieb, sie habe Kinder mit sozialen Benachteiligungen zu wenig gefördert.

Wer jetzt erreichen will, dass Kinder mit sozialen Benachteiligungen stärker gefördert werden, kommt meines Erachtens an einer flächendeckenden Schulsozialarbeit nicht vorbei. Sie wird dringend gebraucht, um herkunftsbedingte Benachteiligungen zu überwinden.

Wenn wir heute über Schulsozialarbeit reden, muss man sagen, dass „Schulsozialarbeit“ der verkehrte Name ist. Es geht eigentlich darum, im Quartier Beratungs- und Hilfstätigkeit für Familien und Alleinerziehende anzubieten, damit überhaupt Anträge für das Bildungs- und Teilhabepaket gestellt werden können. Denn ganz viele sind überhaupt nicht in der Lage, diesen Bürokratismus zu bewältigen. Deswegen will ich darauf hinweisen: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat kein Verfallsdatum – auch nicht 2013, denn bis zu diesem Zeitpunkt war die Schulsozialarbeit befristet.

Meine Damen und Herren, bei der Schulsozialarbeit im Sinne des Bildungs- und Teilhabepaketes handelt es sich um einen Teil der präventiven Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik. Sie dient dazu – ich sage es noch einmal –, bedürftige Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen, ihre individuellen Ansprüche auf Bildung und Teilhabe wahrzunehmen, und zwar mit dem Ziel, Folgen wirtschaftlicher Armut, insbesondere der daraus resultierenden Bildungsarmut und sozialen Exklusion, abzubauen. Herr Kollege Wegner, Sie wissen aus den Ausschussberatungen, dass die Schulsozialarbeit bis auf ganz wenige Ausnahmen im Jahre 2014 sichergestellt ist. In weiten Bereichen geht das noch bis in das Jahr 2015 hinein. Darüber hinaus habe ich in dieser Woche gelesen, dass zum Beispiel von Gelsenkirchen kommuniziert worden ist, dass da die Schulsozialarbeit bis in das Jahr 2017 finanziert ist. Ich denke, das gibt uns und der Landesregierung die Zeit, mit der Bundesregierung weiter in Gesprächen zu sein, weiter zu verhandeln, damit der Bund seinen Aufgaben nachkommt und die Schulsozialarbeit weiter finanziert.

Zwischenfrage von Olaf Wegner (Piraten): Vielen Dank, Herr Präsident, und vielen Dank, Herr Scheffler, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich habe eine Frage an Sie: Können Sie noch guten Gewissens sagen, dass die Schulsozialarbeit weiter so besteht? Es hört sich bei Ihnen immer so an, als wenn die Schulsozialarbeit im Jahre 2014 so besteht, wie sie im Jahre 2013 bestanden hat. Können Sie guten Gewissens all den Schülern, die wegen des ganzen Gerangels jetzt keine Schulsozialarbeiter mehr haben, ganz klar sagen: „An eurer Schule ist es noch genau so gut wie vorher!“?

Michael Scheffler (SPD): Herr Wegner, ich kann den Schülerinnen und Schülern sagen, dass die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ihre Aufgabe ernst nimmt, mit der Bundesregierung verhandelt und dafür sorgen will, dass die Schulsozialarbeit auch weiter finanziert wird. Das ist die Aufgabe, die jetzt vor uns liegt. Es steht jetzt nicht an, zu sagen, dass wir nicht erfolgreich sein werden, dass das alles nicht mehr da sein wird. Sondern: Wir sind ins Gelingen verliebt. Deswegen gehe ich auch davon aus, dass uns auf Bundesebene entsprechende Möglichkeiten eingeräumt werden.

Herr Kollege Wegner, wenn Ihnen das alles im Rahmen der Schulsozialarbeit so wichtig ist, dann wundere ich mich, warum Sie in Ihren Antrag schreiben, dass die Schulsozialarbeit an NRW-Hochschulen fortgesetzt werden soll. Wenn man einen solchen Antrag verfasst, dann sollte man etwas sorgfältiger sein und darauf achten, an welchen Stellen man Akzente setzt und an welchen Stellen sie völlig verkehrt sind.

Meine Damen und Herren, abschließend betone ich: Wir stellen uns der Aufgabe, Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen weiter möglich zu machen. Der Bund ist meines Erachtens aufgrund des Urteils des Verfassungsgerichts von 2010 nach wie vor in der Verantwortung. Ich bin mir sicher, dass Minister Schneider, der im Übrigen für den Antrag, den die Koalitionsfraktionen eingereicht haben, nicht verantwortlich ist, sondern im Parlamentarismus sind dafür die Fraktionen verantwortlich, in Berlin weiter konsequent und erfolgreich verhandeln wird. –

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.